

## MDR Sachsen – Sachsen-Politik-Podcast

Freitag, 21. Februar 2025

Thema: Entscheidet die 5-Prozent-Hürde über die nächste Regierung?

**Uta Deckow, Moderatorin**

**Daniela Kahls, Moderatorin**

MDR Sachsen – Das Sachsenradio

**Dr. Hendrik Träger**

Politikwissenschaftler an der Universität Leipzig

**Jens Hänisch**

Journalist und Moderator, Wahlexperte beim MDR

### **O-Ton**

*Dass wieder mal ein bisschen Ruhe reinkommt ins Land. Dass die Leute auch mal wieder vielleicht ein bisschen zufriedener werden. Und bisschen dankbarer. Das war schön so.*

### **Maral Koohestanian**

*So viele von euch schreiben uns, dass die uns wählen wollen, aber Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde haben.*

### **Hendrik Träger**

*Wir werden wahrscheinlich sehr lange am Sonntag, mutmaßlich bis tief in die Nacht hinein, warten müssen, weil es eigentlich mit dem letzten Wahlkreis – unter Umständen sogar mit dem letzten Wahllokal, was ausgezählt wird – für die eine Partei unter oder über fünf Prozent gehen könnte. Ist ja eigentlich alles zwischen einem Vier-Fraktionen- und einem Sieben-Fraktionen-Parlament möglich.*

### **Uta Deckow**

Wir wissen nicht, wie es Ihnen geht, aber jetzt – und jetzt ist Freitagnachmittag, wo wir diesen Podcast aufzeichnen – jetzt ist man doch echt froh, dass die Entscheidung endlich am Sonntag fällt. Alles ist gesagt, mehrfach. Wir haben, glaube ich (*lacht*) – Daniela, oder? – alle Fernsehformate gesehen. Auch wenn oft gesagt wird, die Zukunft gehört dem Netz, also in diesem Wahlkampf war das ganz sicher nicht ganz so.

### **O-Ton**

*Also ich habe bisher alle TV-Duelle gesehen, von Anfang bis zum Ende. Aber meine Entscheidung hat das nicht beeinflusst.*

### **O-Ton**

*Ich bin selbst Psychologin und mir war es einfach wichtig, die Persönlichkeit der Kandidaten genauer kennenzulernen oder ein Gefühl dafür zu bekommen. Deswegen habe ich TV-Duelle sehr konsumiert sozusagen und mir danach, glaube ich, rein menschlich ein Urteil erlaubt.*

### **O-Ton**

*Ich informiere mich eigentlich immer im Internet. Ich google dann bestimmte Parteien, die mich interessieren. Und es gibt ja die Wahlprogramme.*

### **O-Ton**

*Zum Beispiel höre ich Podcast. Lage der Nation ist für mich ein Anker. Oder halt Zeitunglesen.*

### **O-Ton**

*Ich habe mehrere Freunde, die halt Politikwissenschaften studieren. Und dann ich mich quasi mit denen zusammgehockt und beraten lassen, was so in unserem Freundeskreis so gewählt werden sollte.*

### **Daniela Kahls**

Also, das sind Stimmen aus Dresden. Wir haben uns mal ein bisschen auf der Straße umgehört. Wie haben die Menschen sich informiert zur Bundestagswahl? Es gibt da auch Umfragen dazu, wie die Menschen sich informiert haben, allgemein. Und da ist das Ergebnis ziemlich klar, dass das Fernsehen dominiert. Selbst bei der jungen Zielgruppe haben mehr als die Hälfte der Befragten angegeben, dass sie sich im Wahlkampf jetzt dort informiert haben. Bei den über 60-Jährigen waren es sogar 83 Prozent. Aber insgesamt kann man, glaube ich, auf jeden Fall sagen, dass das Informationsangebot in diesem kurzen, aber intensiven Wahlkampf riesig war. Jetzt der Countdown, Schlussspurt sozusagen, Ziellinie in Sicht. Wir wollen in dieser Folge des *Sachsen Politik Podcast* vor allem einen Blick darauf werfen, welche Wahlqualen ihr am Sonntag in der Wahlkabine haben könn-

tet. Jetzt nicht im Hinblick auf die eine oder andere Partei, sondern weil diesmal strategische Erwägungen und Fragestellungen wie die Fünf-Prozent-Hürde eine so große Rolle spielen könnten wie bei keiner Bundestagswahl zuvor. Darüber sprechen wir unter anderem mit dem Politikwissenschaftler Hendrik Träger.

Doch zunächst zum Ende des Wahlkampfes in Sachsen. Wir begrüßen euch ganz herzlich zur aktuellen Ausgabe des *Sachsen Politik Podcast*. Am Mikro sagen „Hallo“: Daniela Kahls und...

### **Uta Deckow**

...Uta Deckow.

Wir haben ja alle Parteien im Wahlkampf begleitet, alle Parteien der so genannten Kategorie 1, wie das bei uns heißt. Also die Parteien, die in Bundes- und Landtagen vertreten sind: CDU, AfD, SPD, Grüne, FDP, Linke und BSW. Wer will und wissen will, wonach der ausgesucht wurde, nach welchen Kriterien, warum wir, wie und was wir berichtet haben, der kann das noch mal nachlesen in unserem Wahlkonzept unter [www.mdr.de](http://www.mdr.de).

– Musik –

Das waren die angenehmeren Töne bei unserem letzten Termin in dieser Wahlkampfberichterstattung, den hatten wir mit Tino Chrupalla, eine Wahlkampfveranstaltung in Bad Muskau. Großer Andrang, da war man unter sich und unter AfD-Fans. Auf der Bühne, zwei Gäste neben Tino Chrupalla, der sich seiner Sache in seinem Lausitzer Wahlkreis sehr sicher ist.

### **Tino Chrupalla**

*Ich kenne ja nun wirklich hier fast alle persönlich. Und das ist das Schöne daran. Und deswegen ist das jetzt für mich auch heute, auch mit diesen Gästen, die ich gleich vorstellen werde, nicht unbedingt eine Wahlkampfveranstaltung, sondern wirklich auch ein Dankeschön an euch, an Sie, dass wir uns alle hier mal wiedersehen. Ich kenne wirklich viele schon aus meiner Kindheit heraus. Viele Lehrer sind hier, die mich geschult haben, die aus mir das gemacht haben, was ich heute bösehalber für manche bin.*

### **Daniela Kahls**

Bei dieser Begrüßung von Tino Chrupalla waren das natürlich auch noch sehr versöhnliche Töne. Aber dann ist die Wortwahl schon heftiger geworden, puncto Ukraine beispielsweise. Seit Trump an der Macht ist in Washington, ist, was den von Putin initiierten Krieg in der Ukraine angeht, auch in der AfD das Wording drastischer geworden. Tino Chrupalla hat bei dieser Wahlkampfveranstaltung beispielsweise davon gesprochen, dass der ukrainische Präsident Selenskyj ein „Bettelpresident“ sei, Zitat. Also, er redet da von dem Mann, der von Russland mit dem Tod bedroht wird, der nicht aus der Ukraine floh, dessen Land angegriffen wird. Also diese Täter-Opfer-Umkehr, das ist in den vergangenen Tagen und auch bei dieser Wahlkampfveranstaltung noch mal sehr deutlich geworden. Außerdem hat Chrupalla auch klargemacht, wer für ihn in diesem Wahlkampf der Hauptgegner ist, nämlich die CDU.

### **Tino Chrupalla**

*Und deswegen auch noch mal zu Friedrich Merz, den ich im Übrigen für wesentlich gefährlicher halte als den jetzt noch amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz. Und zusammenfassend kann man ja sagen: Was kommt auf Scholz? Kommt Merz, es verbindet: Es ist Schmerz. Und das vermute ich, wenn dieser Mann Bundeskanzler wird. Denn er hat keine Ideale. Und er wird diese Waffen an die Ukraine liefern, egal, was die Amerikaner dazu sagen. Und deshalb ist es auch gut, dass Donald Trump jetzt noch versucht, uns Europa auch davor zu bewahren, in diesen Krieg hineinzuschlittern.*

### **Daniela Kahls**

Mit von der Partei bei dieser Wahlkampfveranstaltung in Bad Muskau war auch ein österreichischer Publizist, Gerald Grosz heißt der, dem jetzt selbst die FPÖ zu milde geworden ist, dort ausgetreten. Und er hat dann doch ganz schön von der Bühne gewettert.

### **Gerald Grosz**

*„Betreut denken, betreut wählen und politisch korrekt sterben.“ Das ist die Devise des Deutschland des Jahres 2025. Und jeder, der*

*sich dagegen zur Wehr setzt, steht einer breiten Masse von blökenden Schafen entgegen, die glauben, wenn sie reeechts blöken, Sicherheit, Recht und Ordnung in ihrem Land durchsetzen.*

#### **Uta Deckow**

Eine breite Masse blökender Schafe also alle die, die nicht auf AfD-Linie sind. Und das sind ja nun mal mehr als 20 Prozent der Menschen in diesem Land. Die sind dann wohl blökende Schafe für Herrn Grosz und alle die, die applaudiert haben. Eine interessante Passage finde ich zum Thema Meinungsfreiheit. Wie gesagt, auch der Kabarettist Uwe Steimle war mit von der Partie bei der Wahlkampfveranstaltung der ARD.

#### **Uwe Steimle**

*Am Anfang möchte ich sagen, warum ich hier bin. Ganz einfach, ich bin wirklich für den Frieden. Und hier steht es auch wunderbar dran: „Ohne Frieden ist alles nichts.“ Und ich unterstütze die Partei, die sich vor allem mit dem Frieden und für den Frieden mit Russland einsetzt, ganz wichtig.*

#### **Uta Deckow**

Wir bekommen ja nach solchen Beiträgen im Sachsenspiegel oder auch bei MDR Sachsen im Sachsenradio häufig Post. Beim Wahlkampfbeitrag über die Grünen beispielsweise, da waren es Beschimpfungen, warum wir jetzt Wahlkampf für die Grünen machen würden. In dem Fall jetzt am Montag beschwerten sich viele Zuschauer, warum wer der AfD überhaupt Raum geben. Ein Chemnitzer Zuschauer schrieb beispielsweise:

#### **Daniela Kahls**

Ich zitiere das jetzt mal: „Die Aussagen des Kabarettisten und des Österreichers waren extrem und erschreckend. Über Chrupalla muss man kein Wort verlieren. Das hat nichts mit Neutralitätspflicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu tun.“

#### **Uta Deckow**

Nun berichten wir ja, wie gesagt, über alle Parteien der sogenannten Kategorie 1. Und da gehört nun mal auch die AfD dazu, auch wenn sie

in Sachsen als rechtsextrem eingestuft ist. Dazu ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet. Und deshalb tauchen die Vertreter der AfD, die ja immer beklagen, sie würden ausgegrenzt, eben auch in allen Sendungen zur Wahl auf. Aber auch von AfD-Sympathisanten haben wir auf die Berichterstattung hin Post bekommen, zitieren wir noch mal:

#### **Daniela Kahls**

„Steimle selbst sieht sich als kritischen Geist und betont, dass er nicht für die AfD oder Pegida eintrete, sondern für den Dialog mit deren Anhängern plädiere. Er war als Gast zu dieser Veranstaltung.“

Und weiter das Zitat des Zuhörers, der uns geschrieben hat: „Die mediale Darstellung von Personen wie Uwe Steimle kann unterschiedlich ausfallen und hängt oft davon ab, wie Ihre links-grünen Redakteure das darstellen.“

Ja, Uwe Steimle hat ja ganz klar auf der Veranstaltung erklärt, er unterstützt die AfD gerade auch jetzt im Wahlkampf. Mithin, wenn ein Künstler, Journalist oder auch nur Prominenter bei einer Wahlkampfveranstaltung auftritt, dann macht er sich nun mal mit der Partei und deren Zielen gemein. Das ist eigentlich ja auch jedem klar. Und Steimle hat es ja auch selbst noch mal aus so ausgedrückt. Er sorgt dann eben auch für ordentlich Stimmung bei dieser Wahlkampfveranstaltung.

#### **Uwe Steimle**

*Also für Frieden und Sozialismus seid bereit!*

#### **Publikum**

*Immer bereit!*

#### **Uwe Steimle**

*Wunderbar, also Sie merken: alles Nazis hier, genau.*

#### **Uta Deckow**

Also für Steimle ist die AfD die Friedenspartei. Dabei – dass muss man ja hier einfach noch mal festhalten – gibt es ja mit dem BSW und den Linken zwei Parteien, die auch mit dem Thema punkten wollen, sich gegen Waffenlie-

ferungen aussprechen, gegen Aufrüstung aussprechen, beim letzten Punkt sogar noch eindeutiger als die AfD. Wenn man da mal ins Wahlprogramm schaut oder auf das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag.

– Musik –

### Daniela Kahls

Steimle zieht also bei der AfD. Die Linken, die ticken da gerade völlig anders.

10:12

– Rapmusik –

### Daniela Kahls

Ist jetzt vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen, auf jeden Fall war das hier gerade ein Rap-Song, der zu hören war von den Bundestagskandidaten der Linken aus Chemnitz; gepostet bei *TikTok*. Überhaupt sind die Linken bei *TikTok* und *Instagram* gerade ziemlich kreativ unterwegs. Und wenn man sich zumindest die Zugriffszahlen anschaut, scheint das auch anzukommen. Und vielleicht auch – ist jetzt eine These – über die Zugriffszahlen bei Social Media hinaus: Bei der U18-Wahl am Montag, da ist die Linke – das hat ja vielleicht der eine oder andere auch gelesen – bundesweit auf Platz 1 gelandet.

Und es gibt ja auch – wir hatten darüber auch schon berichtet, auch hier im *Sachsen Politik Podcast* – einen regelrechten Boom bei den Mitgliederzahlen. Das hat sich noch immer weiterentwickelt. Also mittlerweile ist der Stand der, dass seit Ende Januar in den sächsischen Landesverband der Linken 1970 Leute eingetreten ist. Und das Durchschnittsalter dieser Neumitglieder ist 28. Also sieht so aus, dass die Linke gerade bei jüngeren Leuten deutlich punkten kann. Man muss natürlich nochmal ergänzend hinzu sagen, dass diese U18-Wahl jetzt keine repräsentative Umfrage oder Wahl war, sondern dass zufällig Schulen sich melden konnten und mitmachen konnten. Also das kann man jetzt nicht analog mit offiziellen Wahlumfragen vergleichen. Aber nichtsdestotrotz, die Tendenz hat für große Aufmerksamkeit in der Woche gesorgt.

### Uta Deckow

Ja, und auf jeden Fall, du hattest schon gesagt, war nicht ganz leicht zu verstehen: „Money in den Haushalt rein“, wird da gerappt in dem *Reel*. Die Linke, Caren Lay und der Chemnitzer Bundestagskandidat Marten Henning sind da vor dem Karl-Marx-Monument in Chemnitz zu sehen. Henning tritt ja dort gegen Alexander Gauland an, den 83-jährigen AfD-Ehrenvorsitzenden, der weder in sozialen Netzwerken noch im Wahlkreis jetzt im Wahlkampf wirklich sonderlich aktiv war.

Aber ohnehin ist dies einer der besonders spannenden Wahlkreise in Sachsen bei dieser Wahl. Denn verteidigen will sein Direktmandat dort auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Detlef Müller. Der frühere Lokomotivführer versucht also wieder, direkt in Chemnitz in den Bundestag einzuziehen. Er macht beispielsweise mit dem Chemnitzer Künstler Jan Kummer Werbung auf *Instagram*. Nicht so peppig, aber mit dem Versprechen, an die Opferberatung des RAA in Sachsen zu spenden. Also wir sehen, Müller will mit seiner Bodenständigkeit, seiner Bekanntheit und seiner Verankerung vor Ort punkten. Sonntagabend werden wir da auf jeden Fall auch noch mal einen Blick genauer auf diesen Wahlkreis in Chemnitz werfen hier beim MDR.

Die Berichterstattung über die sieben großen Parteien der Kategorie 1 ist für uns damit jetzt wirklich abgeschlossen. Aber gerade diesmal könnte es ja wirklich entscheidend werden. Wie viele Parteien schaffen den Einzug? Und auch die Rolle der kleinen Parteien könnte wirklich wichtig werden, bei uns juristisch Parteien der Kategorie 2 genannt. Insgesamt stehen am Sonntag in Sachsen 15 Parteien auf dem Stimmzettel.

### Daniela Kahls

Ja, und wir wollen uns jetzt diese Kleinparteien noch mal genauer anschauen und auch ja deren Rolle bei der Wahl ein bisschen unter die Lupe nehmen. Und man kann eigentlich sagen, es hat zwei Gründe: Zum einen machen einige von diesen kleinen Parteien, von der *Tierschutzpartei* über *die Partei* bis hin zu *Volt*, mit

großen Kampagnen gerade sehr auf sich aufmerksam. Und zweitens – vielleicht eigentlich noch wichtiger – könnten auch Parteien wie *FDP*, *BSW* und *Linke* aus dem Bundestag ausscheiden, wenn sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Und dann könnte mit den kleinen Parteien zusammen der Balken unter Sonstige am Wahlabend im Fernsehen so hoch werden wie noch nie.

### **Uta Deckow**

Für die Linken sieht es jetzt etwas besser aus. Seit den jüngsten Umfragen sind sie ja offenbar deutlich über der fünf Prozent-Hürde. Aber Umfragen sind Umfragen, gewählt wird am Sonntag. Und möglich wäre damit beispielsweise, dass im Extremfall Sonntagabend 20 Prozent der Stimmen an Parteien gingen, die dann gar nicht im Bundestag vertreten sein würden. Das wäre in der Tat historisch. Deshalb hat Daniela, hast du schon mal mit dem Politikwissenschaftler Hendrik Träger von der Universität Leipzig genau darüber gesprochen.

### **Daniela Kahls**

Genau, also zunächst einmal dröseln wir auf, dass es ganz praktische Konsequenzen für den Wahlabend haben kann, dass so viele Parteien in den Umfragen rund um die Fünf-Prozent-Hürde rangieren. Das erklärt uns jetzt eben, wie gesagt, Hendrik Träger in einem Gespräch, das ich vor der Sendung aufgezeichnet habe.

### **Hendrik Träger**

Wir werden wahrscheinlich sehr lange am Sonntag, mutmaßlich bis tief in die Nacht hinein, warten müssen, weil es eigentlich mit dem letzten Wahlkreis – unter Umständen sogar mit dem letzten Wahllokal, was ausgezählt wird – für die eine Partei unter oder über fünf Prozent gehen könnte. Wenn wir die Umfragen zugrunde legen, ist ja eigentlich alles zwischen einem Vier-Fraktionen- und einem Sieben-Fraktionen-Parlament möglich.

### **Daniela Kahls**

Welche Auswirkungen könnte es denn haben, auch im Hinblick jetzt, sage ich mal, auf Koaliti-

onen, wenn eben mehrere von diesen kleineren Parteien, die Sie eben genannt haben, knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern?

### **Hendrik Träger**

Ja, das ist eine diffizile Frage. Weil wenn wir beispielsweise davon ausgehen, es ziehen vier Fraktionen, also CDU/CSU, AfD, SPD, Grüne in den Bundestag ein, dann müssten diese vier Fraktionen oder Teile dieser vier Fraktionen, also einzelne, diese vier Fraktionen, eine Koalition bilden, was naheliegenderweise entweder Schwarz-Grün oder eine große Koalition sein wird, das klassische „Zweierbündnis“ in Anführungszeichen. Wenn sieben Parteien oder sieben Fraktionen in den Bundestag einziehen, könnte es sein, dass es für die klassischen Zweierbündnisse oder für ein Zweierbündnis nicht mehr reicht, sondern dass ein Dreierbündnis, also eine aus drei Parteien bestehende Koalition, erforderlich – beispielsweise eine Jamaika-Koalition, beispielsweise eine Kenia-Koalition beispielsweise eine Deutschland-Koalition...

### **Daniela Kahls**

Es gibt ja jetzt viele auch Kampagnen von *Compact* beispielsweise, die ja sagen, dass die Stimmen für die kleinen Parteien indirekt die AfD unterstützen könnten, weil diese Stimmen dann quasi nicht zählen und die AfD dann wieder überproportional mehr Sitze im Parlament bekommen könnte. Also damit sind auch solche Parteien wie *Volt* gemeint, die sich damit konfrontiert sehen. Und die versuchen, dagegen sozusagen ja jetzt noch in der Schlussphase anzugehen. Was sagen Sie zu diesem Argument oder dieser Behauptung, sage ich mal?

### **Hendrik Träger**

Die Behauptung lässt offensichtlich Defizite hinsichtlich der Kenntnisse des Wahlsystems erkennen. Wir haben ja die Konstellation, dass sozusagen nur Parteien, die über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, an der Mandatsverteilung beteiligt werden. Das heißt natürlich, wenn einige Parteien relativ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, werden diese Zweitstimmen nicht mitberücksichtigt und un-

ter den in den Bundestag einziehenden Parteien werden die Mandate verteilt. Das heißt aber nicht, dass dann sozusagen eine Partei von denen, die in den Bundestag einziehen, proportional wesentlich mehr, oder überproportional wesentlich mehr Stimmen oder mehr Sitze erhalten würde, als die anderen in den Bundestag einziehenden Parteien.

Ich habe das mal durchgerechnet anhand einer Umfrage, die jetzt aktuell ist und habe einfach mal ein Vier-Parteien-System oder Vier-Fraktionen-Parlament und ein Sieben-Fraktionen-Parlament kreiert. Und habe dann den Faktor ausgerechnet zwischen den Stimmenanteil oder dem Sitzanteil muss man richtigerweise sagen, der Parteien, die im Vier-Fraktionen-Parlament sitzen und dergleichen Parteien, wenn sie in einem Sieben-Fraktionen-Parlament sitzen. Und da haben wir einen Faktor von ungefähr 1,21 beziehungsweise 1,22, wo der Stimmenanteil höher wird. Also das heißt beispielsweise eine Partei, die ungefähr 30 Prozent der Zweitstimmen hätte, hätte nun in einem Sieben-Fraktionen-Parlament ungefähr 31 Prozent der Mandate und in einem Vier-Fraktionen-Parlament vielleicht 38 Prozent der Mandate. Eine Partei, die bei um die 20 Prozent in den Umfragen liegt, hätte bei einem Sieben-Fraktionen-Parlament 21 Prozent der Mandate und in einem Vier-Fraktionen-Parlament 25 Prozent der Mandate.

Also das heißt, der Anteil, der Mandatsanteil, steigt bei allen Parteien, die im Parlament sind, nach oben, aber im gleichen Maße nach oben. Also es wird weder die eine Partei, die ins Parlament einzieht, begünstigt, noch eine andere Partei, die ins Parlament einzieht, benachteiligt.

### **Daniela Kahls**

Was ist denn, ich sage es mal – wahrscheinlich ist es eher demokratietheoretisch – von der Behauptung zu halten, dass Parteien oder dass Stimmen für kleine Parteien quasi verschenkt sind, wenn diese Parteien nicht in den Bundestag einziehen. Das könnten ja bei dieser Bundestagswahl so viele Stimmen sein wie noch nie zuvor, weil so viele Parteien gerade an der

Fünf-Prozent-Hürde rangieren und gleichzeitig auch kleinere Parteien wie *Volt* oder so sich ja auch einer zunehmenden Beliebtheit laut den Umfragen erfreuen.

### **Hendrik Träger**

Ja, es kommt immer darauf an, was das Ziel ist der Wählerin oder des Wählers mit der Stimmabgabe und inwieweit es dann verschenkt ist oder nicht. Also jemand, der eine kleine Partei, also eine Kleinpartei, würden wir in der Politikwissenschaft sagen, die deutlich unter fünf Prozent ist in den Umfragen, die vielleicht noch nie in den Bundestag eingezogen ist, wählt, hat unter Umständen gar nicht die Absicht, mit seiner Stimme eine Partei zu wählen, die es in die Regierungskoalition schafft. Sondern will vielleicht das Thema, für das eine Partei steht, etwas stärker nach vorne bringen und die Partei damit unterstützen, ohne dass die Partei ins Parlament einziehen muss. Und insofern wäre aus Sicht dieser Wählerin oder dieses Wählers, der ein bestimmtes Thema nach vorne bringen möchte, die Stimme nicht „verschenkt“, in Anführungszeichen, wenn die Partei es gar nicht in den Bundestag schafft. Sondern man kann ja auch mit der Wahl einer Kleinst- oder Kleinpartei diese Partei unterstützen, beispielsweise auch mit Hinblick auf die Parteienfinanzierung.

Also bei der staatlichen Parteienfinanzierung haben wir einen Schwellenwert von 0,5 Prozent der Zweitstimmen. Das heißt, wenn eine Partei bundesweit mindestens 0,5 Prozent der Zweitstimmen erhält, partizipiert sie an der staatlichen Parteienfinanzierung. Kann dann in den nächsten Jahren Einnahmen generieren und dann vielleicht auch künftig bei künftigen Wahlkämpfen oder bei künftigen Wahlen vielleicht professionalisierter auftreten, was die Wahlkampfführung angeht, hat vielleicht auch mehr Geld für die Wahlkampfführung zur Verfügung. Und das ist ja auch schon vielleicht ein Ziel, was eine Wählerin oder ein Wähler mit seiner beziehungsweise ihrer Stimme verbinden kann. Ohne das Gefühl haben, die Stimme zu verschenken. Also, ob die Stimme tatsächlich immer verschenkt ist oder nicht, kommt wirklich auf die individuelle Sichtweise der

Wählerin und des Wählers, darauf an, was der Wähler oder die Wählerin damit beabsichtigt.

21:18

### **Daniela Kahls**

Wie ist denn das in der Politikwissenschaft, wird darüber diskutiert oder die Fünf-Prozent-Hürde diskutiert in Deutschland? Wenn jetzt absehbar der Anteil der Wähler, ich sag mal, die unter dem Balken Sonstiges sind, signifikant steigt, wenn es jetzt tatsächlich 20 Prozent wären – das gab jetzt in der Form, wenn ich das richtig recherchiert habe, so noch nicht. Ich meine, nicht ohne Grund hat man sich ja jetzt im Europaparlament auf zwei Prozent geeinigt. In anderen Ländern gibt es die Drei-Prozent-Regel. Also führt das zu solchen Diskussionen? Nehmen Sie das wahr oder sind wir ist vielleicht noch nicht so weit?

### **Hendrik Träger**

Das wird gelegentlich geführt, diese Diskussion. Insbesondere dann, wenn wie beispielsweise 2013, als die FDP und die AfD damals sehr knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind und auch die anderen Klein- und Kleinstparteien gescheitert sind, der Anteil der sonstigen Parteien oder der Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, sehr hoch ist. Dann wird mal kurzzeitig darüber diskutiert. Aber eher in der Öffentlichkeit als in der Politikwissenschaft. Weil aus meiner Sicht gibt es zwei mögliche Szenarien, mit der Fünf-Prozent-Hürde umzugehen.

Das eine Szenario wäre zu sagen, wir schaffen die Fünf-Prozent-Hürde komplett ab und haben dann ein Wahlsystem, was durchaus vergleichbar ist mit den Niederlanden, wo es auch keine Sperrklausel gibt. Dann würde jede Partei, die ungefähr 0,16 Prozent der Zweitstimmen hat – also ganz, ganz wenige, also ein 630stel, also 630 ist ja die Anzahl der im Bundeswahlgesetz vorgeschriebenen Bundestagsmandate. Also eine Partei, die ein 630stel der Zweitstimmen erhält, würde dann schon ein Mandat bekommen. Unter Umständen würden wir dann sehr viele Parteien im Parlament haben. Wenn wir mal die Wahlergebnisse von

2021 zugrunde legen, dann wären ungefähr 14, 15 Parteien jetzt im Parlament, was die Regierungsbildung erschweren würde.

Wenn man sagt, man will die Fünf-Prozent-Hürde nicht komplett abschaffen, sondern bloß senken, dann ist man aus meiner Sicht eher in einem Begründungsproblem, weil die Frage ist dann: Wie weit senkt man die Fünf-Prozent-Hürde? Also würde man die Fünf-Prozent-Hürde auf vier Prozent, auf drei Prozent, auf zwei Prozent, auf ein Prozent senken? Dann hätten wir ja immer wieder die Diskussion. Wenn dann beispielsweise Parteien nicht an der Fünf-Prozent-, sondern an der Vier-Prozent-Hürde scheitern würden, hätten wir dann unter Umständen dann auch die Diskussion, ja gut, warum wurde denn die Fünf-Prozent-Hürde auf eine Vier-Prozent- oder auf eine Drei-Prozent-Hürde herabgesetzt? Also warum sollen Parteien, die 4,1 Prozent haben, dann von dieser Absenkung der Fünf-Prozent-Hürde profitieren und Parteien, die 3,9 Prozent der Stimmen haben, nicht profitieren davon. Da ist man in einem Begründungsdilemma.

Und deshalb sehe ich eigentlich bloß zwei Möglichkeiten: Entweder wir lassen das mit der Fünf-Prozent-Hürde so, wie wir sie aktuell haben und nehmen auch in Kauf, dass einige Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Oder wir schaffen die Fünf-Prozent-Hürde komplett ab, dann ab auch mit dem Risiko oder mit der Aussicht darauf, dass das Parlament aus wesentlich mehr Fraktionen bestehen würde oder wesentlich mehr Parteien im Parlament vertreten wären und die Regierungsbildung wesentlich komplizierter wäre.

### **Daniela Kahls**

Ich höre aus Ihrer Argumentation heraus, wofür Sie plädieren. Aber was macht es, ich sage es mal, vielleicht auch mit dem politischen Klima und auch der Wahlbeteiligung. Also wenn wir uns vor Augen halten, dass ungefähr, ich sag mal, 25 Prozent Nichtwähler sind und vielleicht an die 20 Prozent sozusagen Wähler Parteien wählen, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Das ist ja schon eine beachtliche Zahl von wahlberechtigten Menschen in

Deutschland, deren Stimmen dann sich nicht im Bundestag wiederfinden.

### **Hendrik Träger**

Ja gut, bei den 25 Prozent, die nicht wählen gehen, die haben das ja selber in der Hand. Sie könnten ja wählen gehen und würden dann mit ihrer Stimme im Bundestag vertreten sein oder hätten zumindest Aussicht darauf, im Bundestag vertreten zu sein. Wenn ich bei einer Wahl nicht teilnehme oder an einer Wahl nicht teilnehme, darf ich mich auch nicht wundern, dass sich letztlich auch nicht repräsentiert wird im Bundestag. Das ist etwas salopp formuliert so, also würde ich nicht beim Marathon antreten und mich wundert, dass ich den Marathon nicht gewinne und nicht mal durchs Ziel komme.

Bei den anderen, also bei den Wählerinnen und Wählern, die eine Partei wählen, die unter der Fünf-Prozent-Hürde sind, kann das sicherlich einen Effekt haben auf das Wahlverhalten bei späteren Wahlen. Vielleicht auch eine gewisse Enttäuschung, dass die Partei nicht in den Bundestag einzieht, vielleicht auch keine realistischen Chancen hat, in den Bundestag einzuziehen. Und dass dadurch vielleicht Nichtwähler entstehen. Es kann aber auch bei Parteien, die relativ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde sind oder sich im Laufe der Jahre beispielsweise bei kleinen Parteien immer mehr der Fünf-Prozent-Hürde nähern, auch ein Mobilisierungseffekt eintreten.

Also das heißt, diese Umfragen, die wir aktuell haben, wo mehrere Parteien sehr nah an der Fünf-Prozent-Hürde sind, könnten eigentlich sehr mobilisierend wirken auf die Wählerinnen und Wähler, weil das sehr deutlich wird, insbesondere wenn man diese Parteien unterstützen möchte, die an der Fünf-Prozent-Hürde jetzt sind, dass die eigene Stimme vielleicht die entscheidende Stimme sein kann und dass es sich vielleicht gerade jetzt lohnt, wählen zu gehen, wenn man das in den letzten Jahren vielleicht auch nicht gemacht hat. Aber jetzt könnte vielleicht die eigene Stimme tatsächlich die entscheidende Stimme sein, weil es kann letztlich passieren, dass wir am Sonntagabend

beziehungsweise in der Nacht zum Montag die Konstellation haben, dass bloß ein paar wenige Stimmen, vielleicht bloß ein paar tausend Stimmen, vielleicht bloß ein paar dutzend Stimmen im Zweifelsfall darüber entscheiden, ob eine Partei 4,9999 Prozent hat oder 5,0 Prozent hat. Und insofern können diese Umfragewerte, die wir jetzt haben für FDP, BSW und in Teilen auch für die Linke durchaus mobilisierend wirken, weil es dann drauf ankommt, auf die eigene Stimme.

### **Uta Deckow**

Also das wird ganz sicher ein ganz spannender Wahlabend. Vor allen Dingen, wenn wir auch berücksichtigen, dass momentan ja immer noch fast ein Drittel der Wähler sagt, sie wissen nicht, wen sie am Sonntag wählen. Sind also noch unentschieden.

Schauen wir uns jetzt aber noch mal eine dieser kleineren Parteien genauer an. Und zwar *Volt*. In Dresden ist es ja so, dass enorm viele lila Plakate von *Volt* an den Laternenmasten hängen. Auf jeden Fall mehr als von den meisten anderen kleinen Parteien. Und auch bei jungen Wählern ist zumindest – unser Eindruck scheint – *Volt* im Wahlomat recht häufig oben zu rangieren. Wir haben jetzt häufiger die Frage gestellt bekommen tatsächlich in unserem Umfeld, wie kann denn so eine Partei, wie *Volt* das eigentlich finanzieren? Wer ist eigentlich diese Maral, die da auch hier in Dresden das Gesicht für *Volt* zu sein scheint? Ja, wir haben von der Frau auch noch nicht gehört, aber du hast dich erkundigt und bis dem nachgegangen, Daniela.

### **Daniela Kahls**

Genau. Also erst mal die Frage, wie kann *Volt* sich das leisten, so viel Plakate zu hängen? Kann man erst mal drauf gucken, *Volt* ist ja noch eine sehr junge Partei, 2017 erst gegründet. Sie sagt von sich selbst, dass sie eine pro-europäische Partei sei. Und bei der letzten Europawahl, also 2024, ist *Volt* ja dann auch ein Überraschungserfolg gelungen. Da hat sie in Deutschland 2,6 Prozent der Stimmen geholt. *Volt* Deutschland konnte deshalb auch drei Abgeordnete nach Brüssel schicken. Ja, aber



diese Wahlerfolge haben auch einen anderen Effekt, nämlich dass *Volt* jetzt Geld über die staatliche Parteienfinanzierung bekommt und bekommen hat. Das gibt's ja für alle Parteien, die bei einer Bundes- oder Europawahl mehr als 0,5 Prozent bekommen. Die profitieren also von dieser öffentlichen Teilfinanzierung. Und die Verwaltung des Bundestags – wer es nochmal ganz genau wissen will – die listet auch sehr detailliert auf, bis auf den letzten Cent, welche Partei wieviel Steuergeld bekommt. Ist wirklich ganz interessant die Liste, wenn man sich das mal anschaut. Im vergangenen Jahr war die SPD Spitzenreiter bei dieser staatlichen Parteienfinanzierung. Sie hat immerhin 55 Millionen Euro bekommen. Die AfD 10 Millionen Euro und *Volt* eine Million Euro. Das ist jetzt im Vergleich zu den anderen natürlich nicht so viel, aber für eine ganz junge Partei ist es natürlich trotzdem eine Menge Geld.

Und es kommt auch hinzu, dass *Volt* auch viele Spenden bekommt. *Volt* hat sich da selbst Transparenz verschrieben und listet im Internet jede Spende über 3000 Euro auf. Und da kann man also ganz detailliert nachvollziehen, dass *Volt* allein in diesem Jahr, also 2025, über 200.000 Euro an Spenden erhalten hat. Und auch einen Großspender hat *Volt*, nämlich den Erben der Hausschuh-Dynastie *Haflinger*, Tadeusz Friedemann Otto heißt er, ist auch als Rapper unterwegs. Mäßig erfolgreich, sagt er selber, lebt teilweise in London. Und dieser 29-Jährige hat *Volt* eine Million Euro gespendet für eben diesen Bundestagswahlkampf.

#### **Uta Deckow**

Ja, da ist also schon einiges zusammengekommen und *Volt* scheint das Geld ja auch größtenteils tatsächlich in den Wahlkampf zu stecken.

#### **Daniela Kahls**

Ja, interessanterweise setzt diese junge Partei, die sich vor allem für junge Menschen auch engagieren will und das auch so sagt, sehr stark auf das oldschool Medium Plakate. Über 80.000 Plakate mit dem Gesicht eben von Maral, der Spitzenkandidatin, hat *Volt* nach eige-

nen Angaben in ganz Deutschland hängen lassen. Interessanterweise ist bei Social Media *Volt*, ich sage mal, eher hemdsärmelig unterwegs und auch, wie ich den Eindruck habe, nur mäßig erfolgreich. Bei *TikTok* beispielsweise folgen *Volt* nur 10.000 Leute. Es gibt auch noch relativ wenige Posts und die sind auch, naja, nicht wirklich professionell und nicht wirklich politisch.

31:18

#### **O-Ton Interviewerin**

*Maral, wenn du Bundeskanzlerin wirst, wie viel kostet dann ein Döner?*

#### **Maral Koohestanian**

*Wieder einen Euro, ohne Fleisch, mark my words.*

#### **O-Ton Interviewerin**

*Bist du bereit?*

#### **Maral Koohestanian**

*Ich bin bereit.*

#### **O-Ton Interviewerin**

*Machst du erst Milch und dann Müsli in die Schüssel oder erst Müsli und dann Milch?*

#### **Maral Koohestanian**

*Ich mache gar keine Milch, ich mache Wasser, aber heißes Wasser. Ist lecker.*

#### **Uta Deckow**

*(lacht)* Also da sehen die Posts von Markus Söder vielleicht dann doch leckerer aus für die meisten Menschen. Aber okay, wer ist denn eigentlich diese Maral?

#### **Daniela Kahls**

Maral Koohestanian heißt sie, ist 33 Jahre alt, in Darmstadt aufgewachsen. Ihr Vater ist Iraner, ihre Mutter Deutsche. Maral arbeitet als Dezernentin in der Stadtverwaltung von Wiesbaden und, ich sage es mal, sie geht ziemlich unverkrampft an Politik heran. Wer mehr jetzt wirklich darüber wissen möchte, wir müssen ja jetzt nicht so ganz in die Tiefe gehen, dem empfehle ich ein viereinhalb Stunden langes Interview, was Maral mit dem Youtuber Tilo Jung gegeben hat, bei YouTube. Da wird schon

ziemlich deutlich, dass die Spitzenkandidatin von *Volt* das Programm ihrer eigenen Partei nicht wirklich gut zu kennen scheint und dass sie sich offenbar auch nicht wirklich klar zu sein scheint, welche Konsequenzen einige ihrer politischen Forderungen nach sich ziehen können.

Ich will da wirklich nur mal ein Beispiel nennen. *Volt* will die klimaschädlichen Subventionen ab 2026 komplett streichen. Das heißt also, den Agrardiesel, das Dienstwagenprivileg, Diesel würde viel teurer werden. Dass das massive Belastungen für viele Menschen mit sich bringen würde, das tut Maral auch auf Nachfrage so ein bisschen achselzuckend ab. Mag jeder selber dazu denken, was er mag. Dieses Video bei Tilo Jung auf jeden Fall, das haben sich schon über 200.000 Leute angeschaut, die Kommentare größtenteils vernichtend. Eine hat beispielsweise geschrieben: „Wenn ich Mitglied von *Volt* wäre, dann hätte ich hier nach 10 Minuten für einen Stromausfall gesorgt.“

#### **Uta Deckow**

Ja, aber wie gesagt, das kann ja jeder selber schauen. Da mag sich jeder sein eigenes Bild geben. Wir wollen hier weiß Gott keine Wahlempfehlung geben.

#### **Daniela Kahls**

Unbedingt, deswegen habe ich ja auch die Quelle angegeben, wo man sich das anschauen kann.

#### **Uta Deckow**

Und deshalb muss man ja auch sagen, mehr als eine Million Wähler und Wählerinnen hatten ja *Volt* ihre Stimme gegeben bei den Europawahlen. Und in den Umfragen für die Bundestagswahl allerdings muss man sagen, da wird *Volt* nicht extra ausgewiesen, meist ja ab 4,5 Prozent wird ausgewiesen. Die Partei fällt also wie die meisten der bundesweit antretenden Parteien – bundesweit treten 29 Parteien an – die meisten fallen unter Sonstige. Aber spannend wird es auf jeden Fall, wie diese junge Partei, die dann noch im Aufwind zu sein scheint, am Sonntag abschneiden wird.

#### **Daniela Kahls**

Auf jeden Fall. *Volt* ist eben eine von diesen kleinen Parteien, über die wir eben ausführlicher gesprochen haben, auch mit dem Politikwissenschaftler, die eben gegen die Umfragen, die sie nicht extra auflisten, ankämpfen. Und das sagen sie auch ganz explizit selbst bei *TikTok*.

#### **Volt**

*So viele von euch schreiben uns, dass die uns wählen wollen, aber Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde haben.*

#### **Daniela Kahls**

Es wird am Sonntag eben auch nicht nur spannend sein, wie die Fünf-Prozent-Hürde das Wahlergebnis beeinflussen wird, sondern auch die Wahlrechtsreform könnte den Einfluss auf die Länge der Wahlpartys am Sonntag haben. Und darüber hast du, Uta, mit Jens Hänisch ja nochmal ausführlicher gesprochen, unser Mann für die Zahlen beim MDR.

#### **Uta Deckow**

Ja, und ich möchte noch einmal auf unser Online-Angebot verweisen. Da haben wir natürlich auch über die Parteien, die in Sachsen antreten, die kleinen Parteien, die in Mitteldeutschland antreten... Dort findet man auch eine Berichterstattung über diese Parteien, eine ausführlichere, als wir das jetzt hier getan haben.

Wir erinnern uns: immer größer und größer ist der Bundestag geworden, zuletzt 733 Sitze. Zu groß, angestrebt waren mal 598 Sitze. Der Grund sind sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate. Zu groß, zu teuer. Immer wieder wurde gestritten in den vergangenen Jahren. Dann kam dennoch noch einmal eine Wahlrechtsreform, beschlossen im März 2023 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP. Geeinigt hat man sich nun auf 630 Sitze, die der Bundestag künftig haben soll. Ich habe, wie gesagt, mit Jens Hänisch gesprochen, unser Mann beim MDR für die Zahlen an Wahlhabenden. Das wird auch Sonntagabend so sein. Und Jens, reden wir doch mal drüber, was bedeutet

diese Wahlrechtsreform denn jetzt konkret für uns am Sonntagabend?

### **Jens Hänisch**

Na ja, das hat zwei Ebenen. Du hast es schon angedeutet. Wir werden, das ist sicher, nach dieser Bundestagswahl einen kleineren, einen kostengünstigeren und einen wahrscheinlich etwas, zumindest aus Verwaltungssicht, effektiver arbeitenden Bundestag – begrenzt auf 630 Sitze – haben. Aber auch das ist eine wichtige Botschaft: Für die Wähler ändert sich im Grunde nichts. Also beide Stimmen haben nach wie vor ihre Bedeutung. Beide Stimmen sollte man gut überlegt abgeben. Wir werden allerdings, das hat das neue Wahlrecht auch zur Folge, möglicherweise relativ spät erst wissen, wer welchen Wahlkreis tatsächlich im Bundestag vertreten wird.

### **Uta Deckow**

Und das kann also dann auch sein, dass jemand knapp einen Wahlkreis gewinnt, am Sonntagabend und dennoch nicht in den Bundestag einzieht. Auch das geht mit der neuen Reform einher. Es wird ja von manchen kritisiert. Aber juristisch sicher ist das, oder?

### **Jens Hänisch**

Also juristisch sicher ist das, das war ja einer der Punkte, den die Parteien bei dem Wunsch der Überprüfung dieser Wahlrechtsreform beim Bundesverfassungsgericht angeführt haben. Und das BVG kommt aber zu dem Schluss, dass die Wahlrechtsreform verfassungskonform ist und kein Repräsentationsdefizit, so nennt man das, schafft. Aber ja, Uta, du hast recht, das kann dazu kommen, dass ein Wahlkreisgewinner es trotzdem nicht in den Bundestag schafft. Das hängt mit der sogenannten Zweitstimmendeckung zusammen. Entscheidend für die Verteilung der Sitze im Bundestag ist am Ende allein der Zweitstimmenanteil einer Partei.

Und nun kann es zu dem Fall kommen, dass eine Partei beispielsweise zwölf Wahlkreise gewinnt. Früher hätte man das Direktmandate genannt, aber nach ihrem Zweitstimmenanteil stehen dieser Partei A ja nur zehn Sitze zu.

Dann kommen auch nur zehn Abgeordnete in den Bundestag. Und dann passiert Folgendes, dann wird gerechnet, welche zwei Kandidaten haben, verglichen mit allen anderen Wahlkreis-kandidaten derselben Partei, das schlechteste Ergebnis erzielt? Und die gehen dann leer aus. Aber auch da sagt das Gericht: kein Repräsentanzdefizit.

### **Uta Deckow**

Ja, um trotzdem noch mal auf den Punkt einzugehen, weil vielleicht wird das ja am Sonntagabend dann auch noch eine Rolle spielen: Die, die das Gesetz kritisieren, die befürchten ja, dass es jetzt besonders Wahlkreise in den Großstädten treffen könnte, die dann nicht mehr vertreten sind. Dort geht es ja oft wirklich eng zu bei den Ergebnissen.

### **Jens Hänisch**

Also, Rechtswissenschaftler, die sich gut mit dem Wahlrecht und den Folgen auskennt, teilen diese Bedenken nicht. Die verweisen zum Beispiel darauf, dass zumindest statistisch gesehen gerade Kandidaten in städtischen Wahlkreisen, du hast es gesagt, in denen es meist relativ eng wird, listenseitig der Parteien besser abgesichert sind. Das ist ein Punkt. Und dann verweisen Wahlrechtsexperten gerade auch in engen Wahlkreisen darauf, dass eben bei einem Kandidaten, der seinen Wahlkreis – spekulieren wir mal mit 15, 16, 17 Prozent der Erststimmen – gewinnt, nun wirklich kein automatischer Rechtsanspruch generiert werden könne, damit in den Bundestag einzuziehen. Und drittens – auch das hat das Bundesverfassungsgericht noch einmal klargemacht – der Zweitstimmenanteil, der bildet die politischen Kräfteverhältnisse im Land am allerbesten ab.

### **Uta Deckow**

Ja, also, das wird trotz allem ein sehr spannender Wahlabend werden für uns, schon, weil die Ergebnisse oder der Ausgang der Wahl ja so hoch spannend ist. Eben auch mit der Frage, wer wird denn jetzt nun einziehen? Wer wird nicht einziehen überhaupt als Partei in den Bundestag? Aber Jens, was glaubst du denn, wann können wir mit Sicherheit sagen, wer denn nun direkt aus den Wahlkreisen in den

Bundestag einzieht? Wirklich schon an dem Abend?

**Jens Hänisch**

Also das ist ganz schwer vorherzusagen. Wenn es viele enge Ergebnisse gibt, dann könnte das dauern. Das hängt natürlich auch von den Zuschnitten, von der Größe der jeweiligen Wahlkreise ab. Ich lehne mich mal jetzt weit aus dem Fenster. Also ich denke, wir werden mit den ersten Wahlkreisergebnissen nicht vor 22 Uhr am Wahltag rechnen können. Das wäre dann relativ früh. Aber eins muss man eben auch sagen. Wenn es wirklich kompliziert wird und wenn – das haben wir ja gerade erläutert – aufgestockt oder abgeschmolzen werden muss bei den Wahlkreisgewinnern je nach Zweitstimmenergebnis, dann wissen wir es definitiv tatsächlich erst, wenn wir ein amtliches Endergebnis haben. Aber auch da liegst du, glaube ich, mit deiner Vermutung richtig. Wir werden auf jeden Fall nach dieser Wahl eine Diskussion bekommen über die Folgen des Wahlrechts in den Wahlkreisen.

40:15

**Uta Deckow**

Danke dir, Jens, für diese Informationen. Wir hören uns dann am Sonntagabend wieder.

**Jens Hänisch**

Das tun wir, Dankeschön.

**Uta Deckow**

Soweit also **Jens Hänisch**. Das wird ein langer und ein sehr, sehr spannender Wahlabend werden. Definitiv.

**Daniela Kahls**

Auf jeden Fall. Blick wird auch auf die Wahlbeteiligung spannend sein. Bei der Bundestagswahl 2021 lag die ja in Sachsen bei 76,5 Prozent. Ich glaube, wir lehnen uns, Uta, wahrscheinlich nicht so weit aus dem Fenster, wenn wir jetzt sagen – auch angesichts der Schlangen für die Briefwahl – dass sie diesmal trotz Ferien in Sachsen etwas höher werden könnte. Rekordwert bei einer Beteiligung für eine Bundestagswahl war übrigens mal 1972 91,1 Prozent. Also mal sehen, ob wir das erreichen.

Schauen wir mal. Auf jeden Fall gibt es einen Rekordwert für diese Bundestagswahl, im Wahlkampf zu vermeiden, nämlich die Nutzung des Wahlomaten. Das ist das Tool der Bundeszentrale für politische Bildung. Da kann man die Position von 29 Parteien vergleichen und eigene Präferenzen setzen, wie man sich entscheiden würde. 21,5 Millionen Menschen haben diesen Wahlomat bisher genutzt. Es ist also ungefähr jeder dritte Wahlberechtigte, war also auf der Suche nach Entscheidungshilfe.

Wir wollten eben auch auf den Straßen von Sachsen noch mal nachfragen, wie entscheiden Sie denn: aus dem Bauch oder dem Kopf?

**O-Ton**

*Eher mit dem Kopf. Ich habe mich viel mit den Programmen beschäftigt, mich reingelesen und habe geschaut, was wird für Deutschland getan und habe dann meine Entscheidungen getroffen.*

**O-Ton**

*Strukturiert mit dem Kopf.*

**O-Ton**

*Hm, tatsächlich eher aus dem Bauch heraus aktuell.*

**O-Ton**

*Aus dem Bauch und mit gewissen Werten. Also was ich gerne sehen möchte, in welche Richtung es gehen soll, also aussortiert und dann mit Bauchgefühl.*

**O-Ton**

*Nein, ich entscheide nicht aus dem Bauch. Ich versuche das mit Abwägen. Man hat natürlich seine Favoriten, seine Herzfavoriten, die einem mehr liegen als die anderen. Und man muss, glaube ich, vernünftig wählen. Vor allen Dingen sollte man wählen.*

**Uta Deckow**

„Vor allen Dingen sollte man wählen“, was für ein wahres Wort. Und wenn man gewählt hat, was erwarten denn dann die Menschen nach der Bundestagswahl? Auch das haben wir gefragt.

**O-Ton**

*Ich möchte jetzt fast nicht zu pessimistisch erscheinen, aber tatsächlich nicht viel, ja.*

**O-Ton**

*Weil es ist alles im Moment sehr festgefahren. Jeder probiert, seinen eigenen Stiefel zu machen. Es wird nicht mehr zusammen entscheiden, sondern es probiert nur jeder, seine politische Position zu verbessern und auszunutzen. Leider wird es nicht großartig irgendwelche Änderungen geben. Aber man kann ja hoffen.*

**O-Ton**

*Das Thema Migration bewegt mich genauso. Es muss die Wirtschaft vorankommen. Es müssen Themen, die jetzt auch in den TV-Duellen für mich zu kurz gekommen sind, wie Rente, wie Krankenversicherungen... da gehe ich mehr an die Richtung Bürgerversicherung, dass diese Dinge angegangen werden.*

**O-Ton**

*Dass wieder mal ein bisschen Ruhe reinkommt ins Land. Dass die Leute auch mal wieder vielleicht ein bisschen zufriedener werden und ein bisschen dankbarer. Das war schön.*

**Daniela Kahls**

Wir schauen alle gespannt auf den 23. Februar und hoffen auf die Zeit danach.

**Uta Deckow**

Unseren nächsten *Sachsen Politik Podcast*, den gibt es diesmal schon am Montagabend nach der Wahl. Da wird es sicher genügend zu erzählen geben, wie immer, mit einer eigenen sächsischen Perspektive. Und wenn ihr Tipps, Anregungen haben, dann schreibt uns an [sachsenpolitik@mdr.de](mailto:sachsenpolitik@mdr.de). Und Tschüss sagen damit Uta Deckow...

**Daniela Kahls**

...und Daniela Kahls. Und unser guter Geist hinter den Kulissen, wie immer, Lucas Görlach.

**Uta Deckow**

Und wenn ihr gerne noch mehr hören möchte zur Bundestagswahl, dann hört doch mal rein bei *extra 3 – Bosettis Woche*. In der aktuellen

Folge spricht die Satirikerin und Grimme-Preisträgerin Sarah Bosetti mit Melanie Amann, der stellvertretenden Chefredakteurin des Spiegels, über die Qual der Bundestagswahl. Wieviel heiße Luft im Quadrell, den Aufschwung der Linken und die mögliche Parteispendenaffäre bei der AfD: *Bosettis Woche* ist aktuell meinungsstark, pointiert, typisch *extra 3* und typisch Sarah Bosetti eben. Zu finden in der Audiothek und den Link packen wir euch nochmal in die Shownotes.

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>